

Europa nach Irakkrise und Verfassungskrach

Aus polnischen und tschechischen Zeitungen und Fachzeitschriften,
1. Halbjahr 2004

Kai-Olaf Lang

Die am 1. Mai 2004 vollzogene Erweiterung der Europäischen Union gab in den Beitrittsländern Ostmitteleuropas vielfach dazu Anlaß, die eigene Position im sich wandelnden europäischen und internationalen Umfeld zu reflektieren. Neben der Sorge um das Schicksal der transatlantischen Beziehungen wird in zahlreichen Beiträgen die Furcht vor einer neuen Fragmentierung Europas deutlich: Gerade erst im sicheren Hafen EU angelangt, droht am Horizont die Gefahr eines neuen Kerns, aus Sicht vieler Beobachter aus den Beitrittsländern ein Instrument zur Dominanzabsicherung der Großen und zur Ausgrenzung der Neuen.

In Polen wurde die Diskussion über die Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik in den zurückliegenden Monaten besonders intensiv geführt. Hat Polen durch den Schulteranschlag mit den USA seine Position in Europa stärken können oder an Einfluß eingebüßt? Hat Warschau zunächst un-nachgiebige Haltung zum Verfassungsvertrag erst – aus polnischer Sicht – substantielle Verbesserungen ermöglicht, oder hat sich Polen durch das (vorläufige) Nein vom 13. Dezember 2003 das Image eines wider-spenstigen Neinsagers und starrsinnigen Egoisten erworben? Und hat es durch die Zerwürfnisse mit Deutschland und Frankreich nicht die Beziehungen zu zwei äußerst bedeutsamen Partnern in der Europäischen Union aufs Spiel gesetzt?

Zwischen Euphorie und Zweifel

Einer, der mit dem Verhalten seines Landes hart ins Gericht geht, ist **Olaf Osica**, freier Mitarbeiter des Warschauer Zentrums für internationale Beziehungen, der in letzter Zeit das Geschehen in Polen aus der Distanz des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz verfolgt hat. Anfang des Jahres meldete sich Osica in der katholischen Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* mit einem mit spitzer Feder geschriebenen Beitrag zu Wort. »Zwischen Euphorie und Zweifel«, so betitelte Osica seine Abrechnung mit der polnischen Außenpolitik: »Im Jahr 2003 kämpfte Polen im europäischen Ring in der Schwergewichtsklasse, obwohl es nur Kraft für das Bantamgewicht hat. Es genügt jedoch, sich den innenpolitischen

Zustand vor Augen zu führen, um zu erkennen, daß ein Staat mit derartigen ›Eliten‹ und gleichermaßen ›effizienten‹ öffentlichen Institutionen nicht in der Lage ist, über längere Zeit eine bedeutende Rolle in der internationalen Politik zu spielen.«

Polens außenpolitische Diskussionen seien darauf fixiert, immer wieder auf einen Wendepunkt zu warten, einen Moment, in dem man rufen könne: »Genau hierfür haben wir gekämpft!«. Ob es die NATO-Mitgliedschaft, das EU-Referendum oder auch Polens Standhaftigkeit beim Verfassungsgipfel Ende 2003 sei – zu lange verharre man in der Schönheit des Augenblicks, zu schnell werde man immer wieder von der unangenehmen Wirklichkeit eingeholt. Neben unzureichenden inneren Voraussetzungen und dem Mangel an prospektiven Fähigkeiten identifiziert Osica ein weiteres Grundproblem der Warschauer Außenpolitik: Polen sei immer wieder in der Rolle eines Landes, »das seine offensichtlichen Schwächen durch Stolz und Widerstand kompensiert« und dadurch seine Partner irritiert.

Drei Felder der polnischen Außenpolitik nimmt der Autor eingehender unter die Lupe: die Beziehungen zu Amerika, Polens »Ostpolitik« sowie das Weimarer Dreieck.

In bezug auf Amerika beobachtet Osica zwei Entwicklungen: eine wachsende polnische Enttäuschung darüber, daß sich das Engagement im Irak bisher nicht ausgezahlt habe. Als besonders schmerzhaft werde es zum Beispiel empfunden, daß sich weder bei der Visumpflicht für polnische Staatsbürger eine Wende anbahne noch die versprochenen Offset-Investitionen im Zusammenhang mit dem Kauf amerikanischer F-16-Kampfflugzeuge im erhofften Ausmaß flössen. Zum anderen zeige die US-Administration kein großes Interesse, einen politischen Plan gegenüber Polen oder Ostmitteleuropa insgesamt auszuarbeiten. Wenn das Bündnis mit den USA Polen einen Bedeutungszugewinn in der EU bringen solle, so Osica, dann müsse es gerade polnischerseits zu einer »Demilitarisierung« der Beziehungen zu Amerika kommen.

Zurückhaltend äußert sich Osica auch über Polens Erfolge in der »Ostpolitik«. Nicht nur sei die Lage in den Ländern jenseits der polnischen Ostgrenze betrüblich, vor allem müsse man sich von der Vorstellung verabschieden, die EU eröffne Polen eine Chance, die negativen Tendenzen im Osten umzukehren. Statt auf großartige Projekte zu setzen, müsse Polen konkrete Anstrengungen unternehmen. Erstens solle Warschau sich darum bemühen, daß die Probleme seiner östlichen Nachbarn auf der »europäischen Agenda« bleiben. Zweitens müsse Polen aus den östlichen Regionen des Landes – nicht zuletzt unter Rückgriff auf europäische Hilfsmittel – eine Art »Schaufenster des Westens« machen, das einen anderen Entwicklungsweg offeriert als die »Stagnation in eurasischer Armut«.

Eine dritte und letzte Reflexion Osicas gilt dem Weimarer Dreieck. Osica glaubt, daß die französisch-deutsch-polnische Zusammenarbeit trotz aller bisherigen Defizite eine Zukunft habe. Polen müsse sich aber bewußt sein, daß die Dreierkooperation eher »eine Form des Nachdenkens darüber ist, wie die Kohäsion Europas trotz beträchtlicher Vielfalt vor einem Zerfall in die Teile ›Süden‹, ›Westen‹ oder ›Osten‹ gerettet werden kann«. Das Dreieck könne indes keine Struktur sein, die zur Ausgestaltung der polnischen Außenpolitik beitrage.

Nizza oder Tod?

Anders als bei den Auseinandersetzungen um den Irak waren nach dem gescheiterten Brüsseler »Verfassungsgipfel« im Dezember 2003 – neben den Befürwortern einer unangiebigen Haltung – recht schnell kritische Stimmen zu vernehmen. Zu denen, die mit Tadel nicht kargten, gehörten auch zwei frühere Außenminister, **Andrzej Olechowski** und **Dariusz Rosati**. Olechowski hatte sich frühzeitig durch seine Forderung nach mehr Flexibilität beim Abstimmungsmodus hervorgetan. Damit hatte er sich klar gegen die Mehrheit in seiner Partei,

der konservativ-liberalen Bürgerplattform, gestellt, deren starker Mann, Jan Maria Rokita, die Formel »Nizza oder Tod« geprägt hatte. In einem im Januar 2004 in der liberalen Warschauer *Gazeta Wyborcza* erschienenen Artikel stellt Olechowski vor allem auf die seiner Auffassung nach wachsende Wahrscheinlichkeit einer innereuropäischen Kernbildung auf dem Feld der Sicherheitspolitik ab. Sollte es hierzu kommen, wäre dies nach Ansicht Olechowskis für Polen bereits eine »große Enttäuschung und Niederlage«. Schließlich sei die polnische Außenpolitik seit Jahren davon ausgegangen, daß die einzige dauerhafte Garantie für die Sicherheit Polens die Einigung Europas sei. Deswegen habe man die Öffnung der »westlichen Strukturen« angestrebt und deswegen engagiere man sich hartnäckig für die Mitgliedschaft der östlichen Nachbarn in NATO und EU (!). Eine Spaltung Europas hingegen müsse Beunruhigung auslösen, denn die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten würden dann abermals von klassischer Machtpolitik dominiert. Wolle Polen nicht in eine Grauzone geraten, müsse es jedoch solche neuen Formen der »engeren Zusammenarbeit« anstreben. Deren Bedingungen müsse Polen dann nolens volens akzeptieren.

Im Lichte des im Juni gefundenen Kompromißpakets stellt sich Olechowskis letzter Gedanke vielleicht weniger brisant dar. Doch ist das Unbehagen über eine eventuelle Kernbildung in der EU und die sich hieraus für Polen ergebenden Konsequenzen deutlich sichtbar.

Auch Dariusz Rosati beklagt Polens Verhalten im Dezember 2003. »Die unglückliche Parole »Nizza oder Tod« versinnbildlicht die Leere des strategischen Denkens über den Platz Polens in Europa«, lautet sein Verdikt. Anders als der liberal-konservative Atlantiker und stark mit sicherheitspolitischen Fragen befaßte Olechowski akzentuiert der Ökonom Rosati, der kürzlich für die neugegründete Polnische Sozialdemokratie ins Europäische Parlament gewählt wurde, die wirtschaftlichen und

gesellschaftlichen Risiken der polnischen Europapolitik. Für Rosati kann ein sicheres, wohlhabendes und sozial gerechtes Polen nur dann aufgebaut werden, wenn eine solidarische, kohärente und effektive Union existiert. Aus polnischer Sicht wäre daher eine »Stärkung der Solidarität« in der EU, »also eine größere Verantwortung des Ganzen für seine Bestandteile«, von entscheidender Bedeutung. Diese Solidarität, so Rosati, ist aber nur in einer eng integrierten Union möglich, die auf gegenseitigem Vertrauen aufbaut und mit breiten Kompetenzen ausgestattet ist. Überbordende Blockademöglichkeiten nützen indes dem nationalen Egoismus und würden sich, anders als in der polnischen Diskussion oft angenommen, vor allem gegen Polen richten.

Ein weiteres Argument der polnischen Gegner der doppelten Mehrheit verkehrt Rosati ins Gegenteil: Eine Aufwertung Deutschlands durch das neue Abstimmungsmodell sei für Polen von Vorteil. Solange deutsche Politik in Europa auf eine solidarische, kohärente und effektive Union hinarbeite – und in den vergangenen vier Jahrzehnten hätten sich alle deutschen Regierungen an diesen Prioritäten orientiert – bestehe in den langfristigen Zielen Deutschlands und Polens eine Kongruenz.

Piotr Buras, Politologe und gegenwärtig an der Polnischen Akademie der Wissenschaften tätig, beschäftigt sich mit der außen- und europapolitischen Debatte in Polen selbst. Buras hält die ostentative Einheit der meisten politischen Kräfte in den großen außenpolitischen Kontroversen des Jahres 2003 für Fassade. In Wahrheit habe sich während der Irakkrise und mit der Verfassungsdiskussion eine neue Trennlinie gezeigt, die den bisherigen Konsens in der polnischen Europapolitik aufbreche. Diese Linie, bei der es um die Art der Interessendurchsetzung in der EU (konflikt- oder kompromißorientiert) und die Stellung Deutschlands und Frankreichs in der Außenpolitik Polens gehe, trenne zwei Lager voneinander: das des »polnischen Wegs« und jenes der »Weimarer Option«.

Die Verfechter des »polnischen Wegs« setzten, so Buras, auf eine Politik harter und »realistischer« Interessenwahrnehmung. Sie stellten die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Polens und sein Recht auf eine eigene Meinung in den Vordergrund. Der Kompromiß sei für sie nicht die Regel, sondern ultima ratio. Gegenüber Deutschland und Frankreich gingen die Protagonisten des »polnischen Wegs« auf Distanz, denn diese beiden Länder stehen in ihren Augen für wirtschaftliche Entkräftung, die Verletzung europäischen Rechts und das Streben nach Dominanz innerhalb der EU.

Anders die Exponenten der »Weimarer Option«. Für sie sei die Existenz eines »Kern-europas« mit Frankreich und Deutschland, aber ohne Polen ein Negativszenario. Sie favorisierten die Suche nach Kompromissen, empfänden das Fehlen breiterer Unterstützung als Niederlage und die Blockade durch ein Veto als Fiasko.

Buras selbst gibt sich als Anhänger der »Weimarer Option« zu erkennen. Im Unterschied etwa zu Großbritannien könne Polen es sich nicht erlauben, Abstand vom »Zentrum der EU« zu halten. Auch könne Warschau seine beachtlichen internationalen Ambitionen und insbesondere seine Sonderbeziehung zu Amerika nur durch enge Zusammenarbeit mit den stärksten Ländern der EU realisieren und sichern. Lediglich als wichtiger Bestandteil der Union könne das Land ein Partner für die USA sein, nicht aber am Rand des europäischen Geschehens.

Ob und wie es zu einer Aufweichung der Lagerbildung kommt, wann sich neue Konflikte auftun werden, ist für Buras offen. Sicher sei nur, daß man auf die Herausbildung eines »neuen Konsenses« in der polnischen Außenpolitik lange werde warten müssen.

Polens »nationales Interesse« in der EU

Seine Zweifel hat auch **Aleksander Smolar**, Direktor der Warschauer Batory-Stiftung,

die sich als eine der umtriebigsten polnischen NGOs und nicht zuletzt durch ihr Engagement jenseits der polnischen Ostgrenze auch international einen Namen gemacht hat. In der Zeitschrift *Nowa Res Publica* macht sich Smolar Gedanken über Polens nationale Interessen seit 1989. Anlaß seines Artikels ist nicht der polnische EU-Beitritt, sondern der Umstand, daß seit dem demokratischen Umbruch 15 Jahre verstrichen sind. Smolar schildert daher zunächst den Wandel des außenpolitischen Umfelds Polens in den vergangenen anderthalb Dekaden und wendet sich dann den großen aktuellen Fragen zu. Sein Ausgangspunkt ist hier allerdings nicht der europäische Verfassungskstreit, sondern Polens Platz in den transatlantischen Beziehungen. Die Verwerfungen des Irakkonflikts, so Smolar, hätten unzweideutig bewiesen, daß in der »neuen polnischen Geopolitik«, wie sie sich im Laufe der neunziger Jahre entwickelt habe, das nationale Interesse Polens nicht mehr unter Bezug auf die »traditionellen Mühlsteine des polnischen Schicksals« definiert werde: Nicht mehr die Lage zwischen Deutschland und Rußland, sondern Polens Positionierung im immer komplizierter werdenden Verhältnis zwischen Amerika und Europa sei nun maßgeblich.

Nachdem sich Polen lange Zeit pragmatisch gegeben habe und es ihm vor allem darum gegangen sei, keinen Gegensatz zwischen Europa und den USA aufkommen zu lassen, habe Warschau während und nach dem Irakkrieg eindeutig Partei ergriffen. Lag dies im nationalen Interesse Polens? Ja, doch man habe es deutlich übertrieben. Smolar verweist auf Polens Haltung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Daß Warschau sich gegen eine mögliche Schwächung der transatlantischen Bande durch eine Stärkung der ESVP wende, sei sicherlich richtig. Daß Polen indes Großbritannien nahezu offen dafür gescholten habe, daß es sich in Sachen europäische Verteidigung Frankreich und Deutschland annäherte, sei jedoch Ausdruck eines »gewissen Extremismus« der polnischen Regierung.

Nicht zuletzt habe sich Polen durch sein Verhalten während der Irakkrise (und der Verfassungskrise) in Opposition zu Deutschland gebracht. Und das, obwohl für Polens nationales Interesse die Verbindung mit Deutschland »höchst bedeutend« sei. Smolar unterstreicht, daß aus seiner Sicht nach wie vor eine polnisch-deutsche Interessengemeinschaft besteht. Was Deutschland angeht, möge man sich vergegenwärtigen, daß dieses an einem starken, wohlhabenden, stabilen und freundschaftlichen Polen interessiert sei. Denn »ein großer schwacher, politisch und gesellschaftlich instabiler Nachbar mit rachitischen und korruptierten staatlichen Strukturen« zahle sich für Deutschland gewiß nicht aus.

Auch in der Region des östlichen Mitteleuropas habe Polens Position Schaden genommen. Kein Land in diesem Teil Europas habe einen derart radikalen Standpunkt während des USA-EU-Konflikts vertreten. Nach dem Brüsseler Gipfel Ende 2003 sei Polens Verhalten in vielen Ländern der Region als »gänzlich unverständlich« wahrgenommen worden. »Gegenwärtig kann man sogar von einer gewissen Isolierung Polens in der Region sprechen«, schreibt Smolar – sicherlich noch unter dem Eindruck des gescheiterten Summits.

Ein starkes Polen in einem starken Europa

Jacek Pawlicki, Kommentator der *Gazeta Wyborcza*, zeichnet ein ebenfalls wenig erbauliches Bild der polnischen Außenpolitik. Nicht nur habe sich Polen in der EU den Ruf eines egoistischen Mitgliedslands erworben, in Warschau wisse man nicht einmal, was man eigentlich wolle. Nicht nur die Mehrheit der Bürger, auch die polnischen Politiker hätten nur sehr schwammige Vorstellungen darüber, was Polen in der Union anstreben solle. Bisher sei allenfalls ein »Minimalprogramm« präsentiert worden, das aus der Furcht vor einer französisch-deutschen Dominanz und der Sorge um die künftige Höhe finanzieller

Transfers bestehe. Die strukturelle Schwäche der polnischen Regierung und das Fehlen einer soliden internen Basis habe dazu geführt, daß die polnische Diplomatie vor allem mit »Brandlöschung« befaßt sei, das heißt, die dringendsten Probleme immer erst im letzten Moment erledige.

Gleichwohl sieht Pawlicki Auswege. Als Resultat einer Diskussion mit drei Kennern und Machern der polnischen Außenpolitik, mit Janusz Reiter, dem früheren polnischen Botschafter und jetzigen Chef des Warschauer Zentrums für internationale Beziehungen, Jacek Saryusz-Wolski, dem ehemaligen polnischen »Europaminister«, und dem Ex-Außenminister und jetzigen Europaabgeordneten Bronisław Geremek identifiziert Pawlicki sechs »europäische Aufgaben«, die zu einer Stärkung Polens in der Union, aber auch zu einer Stärkung der Union selbst führen könnten.

- Erstens solle Polen auf eine Stärkung von Parlament und Kommission hinarbeiten, also derjenigen Institutionen, die das Gemeinschaftsprinzip verkörpern. Denn diese stellten ein Gegengewicht zum »intergouvernementalen Europa« dar, in dem Polen aufgrund instabiler Regierungen und einer schwächelnden Wirtschaft kaum Erfolge erzielen könne.
- Zweitens müsse Polen aktiv auf die »Ostpolitik« der Union Einfluß nehmen und hierbei Brüssel davon überzeugen, daß selbst eine vage EU-Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine die demokratische Evolution in diesem Land beschleunigen könne. Mit Blick auf Rußland deute sich eine für Polen gefährliche Entwicklung an, nämlich die Tendenz großer Mitgliedstaaten, möglichst viele Angelegenheiten direkt mit dem russischen Staatspräsidenten zu erledigen. Um einer solchen »Nationalisierung« der Rußlandpolitik entgegenzuwirken, habe Polen alles daran zu setzen, daß die Union gegenüber dem großen Nachbarn im Osten geschlossen auftrete.
- Drittens dürfe Polen kein passiver Klient der Integration werden, sondern müsse sich zu einem echten Akteur in der EU

entwickeln. Hierfür bedürfe es der Fähigkeit, flexible, an konkreten Problemen orientierte Bündnisse zu zimmern.

- Viertens müsse die Berlin-Pariser »Achse des Egoismus« durchbrochen werden, indem Polen die Beziehungen zu Frankreich und Deutschland nach dem Prinzip einer »nüchternen Partnerschaft« neu definiert, die nicht von Animositäten, Furcht und Mißtrauen geleitet wird. Polen, so ein Gedanke von Janusz Reiter, könne nur dann zu einem bedeutenden Akteur in der EU werden, wenn es Deutschland davon überzeugt, daß im Trio mit Polen mehr zu erreichen ist als im Duo mit Frankreich. Daher gelte es auch, das Weimarer Dreieck zu stärken.
- Fünftens sei von zentraler Bedeutung, daß Polen sich mittel- und langfristig eine günstige Position in der Auseinandersetzung um die EU-Financen erkämpft. Die europäische Kohäsionspolitik müsse über Jahrzehnte gesichert werden, da Polen sonst nicht in der Lage sein werde, das Wohlstandsgefälle gegenüber den wohlhabenderen Ländern zu reduzieren.
- Schließlich sei Polen daran gelegen, Kollisionen der EU mit den USA zu verhindern, sowohl in politischen als auch in wirtschaftlichen Fragen.

Insgesamt solle Polen eine »offensive Politik« betreiben und Brüssel mit eigenen Ideen und Initiativen überhäufen, aber eine Politik der Union abwenden, die eine aus polnischer Perspektive ungünstige Richtung nimmt. »Wenn wir in Brüssel in der ersten Liga spielen wollen, dann dürfen wir uns nicht wie frustrierte Reservespieler verhalten. Um von der Ersatzbank herunterzukommen, müssen wir die Mannschaft überzeugen, daß unsere Einwechslung sich lohnt.«

Tschechische Sorgen

Die kleineren Staaten im östlichen Mitteleuropa spielten während der europäischen Zwistigkeiten der vergangenen anderthalb

Jahre keine so herausgehobene Rolle wie Polen. Ein Beispiel hierfür ist die Tschechische Republik. Sie zeigte sich zwar loyal gegenüber Washington, versuchte aber auch, keine Distanz zu Frankreich und Deutschland aufkommen zu lassen. Im Verfassungsstreit gab sie sich alles in allem flexibel und übte kaum Solidarität mit dem unbeugsamen polnischen Partner. Das bedeutet jedoch nicht, daß man sich die Geschehnisse unbekümmert angesehen hätte.

Dies wird etwa sichtbar in einer Debatte in der konservativ-liberalen Prager Wochenzeitung *Respekt*, die von **Alexandr Vondra**, einst tschechischer Botschafter in Washington und stellvertretender Außenminister, zu Beginn des Jahres eröffnet wurde. Vondras Bedenken rühren daher, daß er die drei Säulen in Gefahr sieht, die Stabilität und Prosperität der Tschechischen Republik verbürgen: europäische Integration, gute transatlantische Beziehungen und ebenso gute Beziehungen zu den Nachbarn in Mitteleuropa. Die EU stehe am Scheideweg und sei durch innere Auseinandersetzungen hin und her gerissen. Die NATO sei durch den Unwillen Frankreichs und Deutschlands geschwächt, sich mit den USA zu solidarisieren. Und schließlich hätten die beiden wichtigsten Nachbarn der Tschechischen Republik ihre ausgewogene euroatlantische Haltung aufgegeben. Deutschland mangle es an regelmäßiger Kommunikation mit den Vereinigten Staaten, in den deutsch-amerikanischen Beziehungen seien Risse zu beobachten; Polen wiederum wolle dieser Entwicklung entgegensteuern und baue sein Verhältnis zu Washington aus. Brisant sei für den Kontinent insgesamt und für die Tschechische Republik im besonderen die durch inner-europäische Blockaden, Erweiterung und französische sowie deutsche Ambitionen gespeiste Diskussion über ein »Europa der zwei Geschwindigkeiten«. Letztlich führe ein möglicher europäischer Kern nicht zu Beschleunigung und mehr Effizienz, sondern bringe neue Spaltungen mit allen negativen Konsequenzen hervor. Sollte sich

solch ein innerer Zirkel der europäischen Integration herausbilden, so dürfe sich die Tschechische Republik nicht daran beteiligen. Der Grund: »In einer Zeit, in der wir statt Euro noch tschechische Kronen im Portemonnaie haben und in der Paris und Berlin das Fahrttempo diktieren«, würde Prag in einem harten EU-Kern wieder an den Rand gedrängt werden, »ohne die Möglichkeit, irgend etwas maßgeblich zu beeinflussen«.

Vondras Position verdient insofern Beachtung, als es sich bei ihm keineswegs um einen destruktiven Euroskeptiker vom Schlage eines Václav Klaus, sondern um einen Europa-bejahenden Atlantiker handelt. Es bliebe nicht ohne Folgen, wenn in Prag und anderen ostmitteleuropäischen Hauptstädten dieses wichtige Segment der politischen und intellektuellen Elite wachsende Zweifel an der europäischen Integration bekäme.

Vondras Einwände fanden umgehend Resonanz. Der französische Politologe und Osteuropaexperte **Jacques Rupnik** nimmt, gleichsam aus dem Pariser Blickwinkel, eine wenig überraschende Gegenposition zu Vondra ein, indem er den Unilateralismus Washingtons rügt und die positive Rolle des französisch-deutschen Tandems herausstreicht. Differenzierter ist die Replik **Petr Drulák**s vom Prager Institut für Internationale Beziehungen. Für Drulák beruht der Wandel in Europa und in den transatlantischen Beziehungen auf der These der seit Ende der neunziger Jahre manifest werdenden Krise des Multilateralismus. Diese habe mittlerweile auch die EU bzw. »die rheinische Ordnung« erfaßt. Die »wohlwollenden Hegemonen«, Frankreich und Deutschland, könnten oder wollten nicht mehr in die kostspielige Aufrechterhaltung der multilateralen Ordnung investieren. Der Einsatz von großzügigen Fördergeldern (z. B. für die Mittelmeerländer) oder Budgetprivilegien (Großbritannien) sei schlichtweg zu teuer geworden. Daher zweifelten die Verbündeten die Führungsrolle der »Großen« an, würden etwa deutsch-französische Vorstöße in der Union in zuneh-

memdem Maß als Diktat wahrgenommen. Die Hegemonen fühlten sich nicht mehr an die bisherigen Normen gebunden und kämen bei der Verfolgung ihrer Interessen miteinander in Konflikt. Die Konsequenz: »Staaten wie die Tschechische Republik geraten zwischen die Mühlsteine.«

Für die EU sieht Drulák zwei Alternativen: ein »Rhein-La Manche-Europa« und einen »rheinischen Kern«. Die erste Variante basiere auf einer wohlwollenden Hegemonie Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens. Ein solches Modell wäre, so Drulák, für die Tschechische Republik unproblematisch. Es würde zumindest anfangs der jetzigen EU ähneln und die Herausbildung einer »neuen atlantischen Konfiguration« erleichtern. Der »rheinische Kern« hingegen entspräche den Vorstellungen eines engeren Bündnisses Deutschlands, Frankreichs und einiger anderer Staaten innerhalb der Union. Diese Alternative hält Drulák aus tschechischer Sicht für weniger vorteilhaft. Daß ein Land wie die Tschechische Republik in einem eventuellen Kern an den Rand gedrängt werde, stehe jedoch keineswegs fest. Vielmehr hänge dies davon ab, wie eine solche Konstruktion im Detail aussehe. Anders als Vondra möchte er daher auch die Mitgliedschaft seines Landes in solch einer Struktur nicht von vornherein ausschließen, immerhin würde sie wohl auf Jahre hinaus immensen Einfluß auf die europäische und globale Politik ausüben.

Auch Professor **Otto Pick**, Sonderbotschafter der Tschechischen Republik, vor allem aber ein Kenner der transatlantischen, europäischen und deutsch-tschechischen Verhältnisse, befaßt sich in einem Artikel in der Zeitschrift *Mezinárodní Politika* mit der Problematik »Kerneuropa«. Pick hält die neuerliche Spaltung Europas für eine real »drohende Gefahr«. Sollte der Verfassungsvertrag scheitern (Picks Text entstand kurz nach dem vorläufigen Aus des Vertrags Ende 2003, seine Prognose kann aber auch auf einen Mißerfolg bei der Ratifizierung übertragen werden), werde es neben einem festen Kern um Deutschland

und Frankreich herum eine »heterogene Ansammlung von Ländern am Rande des sich integrierenden Europas« geben. Pick geht davon aus, daß sich die Tschechische Republik sicherlich »dem sogenannten Mainstream« anschließen würde – wissend, daß die wichtigsten europäischen Verbündeten der USA, nämlich Großbritannien und Polen, diesem Kern nicht angehören werden. Leider bleibt Otto Pick an diesem Punkt vage. Möglicherweise verbirgt sich aber hinter dieser Feststellung das Plädoyer, sich nicht ohne Rücksicht auf die Protagonisten des Atlantismus von Frankreich und Deutschland umwerben zu lassen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380

Besprochene Aufsätze

- Buras, Piotr**, Dyplomacja czy szantaż? Polska polityka wobec Unii [Diplomatie oder Erpressung? Die polnische Politik gegenüber der Union], in: Rzeczpospolita (Tageszeitung), 25.2.2004, S. 9
- Drulák, Petr**, Česko mezi mlýskými kameny. Multilateralismus prochází krizí, nemusí to však znamenat jeho konec [Tschechien zwischen den Mühlsteinen. Der Multilateralismus durchläuft eine Krise, dies muß aber nicht sein Ende bedeuten], in: Respekt (Wochenzeitung), 15 (2004) 12, S. 17
- Olechowski, Andrzej**, Polska w pułapce [Polen in der Falle], in: Gazeta Wyborcza (Tageszeitung), 13.1.2004, S. 14–15
- Osica, Olaf**, Między euforią, a zwiątpieniem. Po Iraku, Brukseli i wizycie prezydenta RP w Ameryce: co dalej z polską polityką zagraniczną [Zwischen Euphorie und Zweifel. Nach Irak, Brüssel und dem Besuch des polnischen Präsidenten in Amerika: Wie geht es weiter mit der polnischen Außenpolitik?], in: Tygodnik Powszechny (Wochenzeitung), (8.2.2004) 6, S. 7
- Pawlicki, Jacek**, Sześć kroków do silnej Polski w silnej Europie [Sechs Schritte zu einem starken Polen in einem starken Europa], in: Gazeta Wyborcza, 16.6.2004

Pick, Otto, Uskutečnění původních priorit české zahraniční politiky [Die Realisierung der ursprünglichen Prioritäten der tschechischen Außenpolitik], in: Mezinárodní politika (Zeitschrift), (2004) 1, S. 6–8

Rosati, Dariusz, Nie brońmy Nicei [Laßt uns Nizza nicht verteidigen!], in: Gazeta Wyborcza, 2.6.2004, S. 14–15

Rupnik, Jacques, Ať Evropskou ústavu napíše Havel. V čem má pravdu a v čem se mýlí Alexandr Vondra [Möge Havel die Europäische Verfassung schreiben! Wo Alexandr Vondra recht hat und worin er sich täuscht], in: Respekt, 15 (2004) 6, S. 20

Smolar, Aleksander, Interes narodowy w polskiej polityce zagranicznej od 1989 roku [Das nationale Interesse in der polnischen Außenpolitik seit 1989], in: Res Publica Nowa (Zeitschrift), (2004) 2, S. 18–25

Vondra, Alexandr, V Evropě skončila idyla. Kdy a proč by Česká republika měla »tvrdému jádru EU« říci ne [Das Ende der Idylle in Europa. Wann und warum die Tschechische Republik einem »harten Kern der EU« nein sagen sollte], in: Respekt, 15 (2004) 1, S. 2